

KCD-E

**Demokratischer Gesellschaftskongress der
KurdInnen in Europa**

E-mail: info@kcde.eu Web: <http://www.kcde.eu>
[Facebook : kcde.eu](#) - [Twitter: @MesaAzadiye2015](#)

Inhalt

1. KCDE: AUFRUF ZU DEN DEMONSTRATIONEN VON BERN, LUXEMBURG UND FRANKFURT NACH STRAßBURG 1. FEBRUAR - 12. FEBRUAR	3
2. IN ERINNERUNG AN SREBRENICA, VUKOVAR, RWANDA, HALABJA, SHENGAL.....	6
<i>KOBANÊ – WARUM IST DIESE STADT IM BELAGERUNGSZUSTAND?</i>	
BILANZ DER ANGRIFFE GEGEN KOBANÊ DURCH DIE IS SEIT DEM 15. SEPTEMBER 2014	
- IS KONZENTRIERT ALLE SEINE KRÄFTE GEGEN KOBANÊ	
- TÜRKISCHEN STAAT BELIEFERTE MUNITION AN DIE IS MIT DEM ZUG	
DER WIDERSTAND IN KOBANÊ ENTWICKELT SICH ZU EINER NATIONALEN WIDERSTANDS	
- MASSENDEMONSTRATION IN EUROPA	
- SÜDKURDISTAN (NORDIRAK).....	
- OST-KURDISTAN / IRAN.....	
- NORDKURDISTAN / TÜRKEL.....	
- <i>Die Bilanz der Angriffe durch die türkische Polizei:.....</i>	
ERKLÄRUNG DES UN-SONDERGESANDTEN	
ERKLÄRUNG DER EU	
DIE STADT, DIE DIE WELT ERSCHÜTTERT HAT, HAT MIT IHREM WIDERSTANDBEWIESEN, DASS SIE NICHT FALLEN WIRD	
- DIE STADT, DIE DIE WELT SCHÜTTELT.....	
- TÜRKEL-POLITIK IM NAHEN OSTEN, ISIS UND DIE KURDEN	
- DIE DREI HAUPTAKTEURE DES WIDERSTANDES IN KOBANÊ.....	
DIE STADT, DIE DIE WELT ERSCHÜTTERT HAT, HAT MIT IHREM WIDERSTANDBEWIESEN, DASS SIE NICHT FALLEN WIRD	
- DIE STADT, DIE DIE WELT SCHÜTTELT.....	
- TÜRKEL-POLITIK IM NAHEN OSTEN, ISIS UND DIE KURDEN	
DER 128. TAG DES WIDERSTANDES IN KOBANÊ.....	
3. DIE KRIMIENALISIERUNG DER KURDEN UND IHRE FOLGEN.....	16
- DER TERROR UND DIE JUSTIZ.....	
- DAS KURDENPROBLEM UND DER TERRORBEGRIFF.....	
- DEUTSCHLAND, DAS PKK-VERBOT UND DIE TERROR-LISTE	
- DIE TERROR-LISTE UND IHRE AUSWIRKUNGEN.....	
- DIE TERRORBEZEICHNUNG IST AUF LÜGEN AUFGEBAUT.....	

**4. JURISTINNEN UND JURISTEN IN GANZ EUROPA SIND AUFGERUFEN NACHFOLGENDEN AUFRUF ZU
UNTERSTÜTZEN**

**Freiheit für Abdullah Öcalan - Freiheit für Kurdistan
Aufruf zu den Demonstrationen von Bern, Luxemburg und Frankfurt nach Straßburg
1. Februar - 12. Februar**

Die kurdische Gesellschaft wird gemeinsam mit solidarischen Menschen anlässlich des 16. Jahrestages des internationalen Komplotts vom 15. Februar 1999 erneut auch in Europa auf die Straßen gehen und für die Freiheit von Abdullah Öcalan protestieren. Zu diesem Anlass wird es in diesem Jahr bereits im Vorfeld des Jahrestages drei mehrtägige Demonstrationen geben, die in Straßburg zusammenfinden sollen.

Die Demonstrationen beginnen jeweils am 1. Februar in Frankfurt, am 2. Februar in Luxemburg und am 4. Februar von Bern aus. Ziel dieser Demonstrationen ist es die europäische Öffentlichkeit zur kurdischen Frage zu sensibilisieren und auf die Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan aufmerksam machen. Das Motto der drei Demonstrationen heißt daher "Freiheit für Abdullah Öcalan - Freiheit für Kurdistan". Die erste Demonstration beginnt am 1. Februar und wird mit der am 12. Februar in Straßburg enden. Dort werden die im Rahmen der Unterschriftenkampagne "Freiheit für Öcalan und alle politischen Gefangenen" gesammelten Unterschriften mit der Pressekonferenz dem Europäischen Rat übergeben.

Demonstrationszug von Bern

Der Demonstrationszug von Bern nach Straßburg wird von der Frauenfreiheitsbewegung Kurdistans getragen. Neben dem gemeinsamen Hauptslogan Freiheit für Abdullah Öcalan - Freiheit für Kurdistan wird dieser Demonstrationszug mit dem Slogan "Frauen laufen für die Freiheit Öcalans" laufen.

Die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan wurde vor 16 Jahren am 15. Februar 1999 im Rahmen eines internationalen Komplotts von Kenia in die Türkei entführt. Seitdem befindet er sich in Isolationshaft auf der Imrali-Gefängnisinsel mitten auf dem Marmarameer. Trotz dieser schwierigen Lebensbedingungen führt Öcalan ohne Unterbrechung seine Bemühungen für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage fort. Er ist der Architekt der Friedensgespräche mit dem türkischen Staat. Die kurdische Seite hat ihn zum Verhandlungspartner in ihrem Namen anerkannt. Zugleich herrscht auf Aufruf von Öcalan seit zwei Jahren ein Waffenstillstand zwischen der türkischen Armee und den kurdischen Guerillakräften. Ohne diesen seit zwei Jahren währenden Waffenstillstand hätten wohl unzählige weitere Menschen in diesem Konflikt ihr Leben verloren. Trotz seiner unermüdlichen Bemühungen um eine Lösung in der kurdischen Frage und einen nachhaltigen Frieden in der Türkei wird er weiterhin zwischen vier Wänden festgehalten. Er ist eine nationale Symbolfigur

und darf nicht weiter unter diesen Bedingungen festgehalten werden. Deshalb muss er sofort in die Freiheit entlassen werden.

Herr Öcalan ist nicht nur ein politischer Führer. Gleichzeitig ist er ein Theoretiker, ein Akademiker und eine gesellschaftliche Leitfigur. Die kurdische Frauenbewegung, die sich auf Basis seiner revolutionären Ideen organisiert, ist heute eine weltweit beispielhafte Frauenbewegung. In einer Region wie dem Mittleren Osten, das unter starken religiösen Fundamentalismus und Repressionen der Herrschenden leidet, haben die kurdischen Frauen in den Bereichen des Sozialen, Politischen und Militärischen große Errungenschaften erzielt. Hierfür sind die Bemühungen von Abdullah Öcalan von großer Bedeutung. Aus diesem Grund ist es selbstverständlich, dass die Frauen die Vorreiterrolle auf dieser Demonstration spielen werden.

Demonstrationszug aus Frankfurt

Der Demonstrationszug von Frankfurt nach Straßburg wird neben dem gemeinsamen Slogan aller Demonstrationszüge sich die Solidarität mit Kobanê und Şengal (Sindschar) auf die Fahnen schreiben und Forderung nach der Anerkennung der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava als Akteur im Mittleren Osten bekräftigen. Der Widerstand von Kobanê wird seit vier Monaten mit unvergleichlicher Opferbereitschaft geführt. Die brutalen Angriffe des Islamischen Staates (IS) dauern weiterhin an. Trotz aller Versuche wurde immer noch kein humanitärer Korridor nach Kobanê eingerichtet. Stattdessen unterstützt der türkische Staat weiterhin den IS bei ihren Angriffen auf die Stadt.

Auf der anderen Seite dauert die Tragödie in Şengal seit der Eroberung der Stadt durch den IS im August des vergangenen Jahres weiter an. Noch immer befinden sich über 3500 êzîdische Frauen in den Händen der IS. Sie sind konfrontiert mit sexuellen Übergriffen, Versklavung und Gewalt. Trotz aller Mühen der Volksverteidigungskräfte HPG und den Widerstandseinheiten Şengals (YBS) wurde Şengal immer noch nicht vollständig befreit. Die Gefechte dort dauern weiter an. Hunderttausende Menschen sind immer noch nicht in ihre Häuser zurückgekehrt und deshalb weiterhin auf Hilfen angewiesen.

In Syrien dauert der Bürgerkrieg im vierten Jahr an. Die Kurdinnen und Kurden verwalten sich gemeinsam mit den anderen im Norden Syriens lebenden ethnischen und religiösen Gruppen in einem Kantonal-System selbst. Kurden, Araber, Suryoye, Armenier, Tschetschenen, Muslime, Christen, Êzîden und Aleviten sind in den demokratischen Strukturen vertreten. Die Region Rojavas ist seit drei Jahren den Angriffen von islamistischen Gruppen wie dem IS oder der Al-Nusra-Front ausgesetzt. Gleichzeitig wurde de-facto von allen Seiten ein Embargo gegen Rojava verhängt. Die Gefahr, die von den islamistischen Gruppen und ihrer menschenverachtenden Ideologie ausgeht, ist nicht allein auf die Region des Mittleren Ostens beschränkt. Die derzeit wirkungsvollsten Verteidiger der Freiheit gegen den Faschismus des Islamischen Staates und ähnlicher Gruppen sind die Verteidigungseinheiten in Rojava, die YPG und YPJ. Doch weiterhin werden diese von internationalen Kräften nicht unterstützt. Dies muss überwunden werden. Deshalb müssen die Kantonalverwaltungen als Gesprächspartner anerkannt und unterstützt werden.

Demonstrationszug aus Luxemburg

Der Demonstrationzug von Luxemburg nach Straßburg stellt neben der gemeinsamen Hauptforderung auch die Forderung nach der Streichung der PKK aus den internationalen Terrorlisten auf. Die kurdische Gesellschaft ist seit Jahrzehnten mit einem kulturellen Genozid konfrontiert. Die grundlegenden Menschenrechte wurden ihnen genommen. Der Weg für legale Politik wurde versperrt. Kurdistan wurde auf vier Staaten aufgeteilt und von der Landkarte getilgt. Außer einem Aufstand wurde den Kurdinnen und Kurden keine Wahl gegeben. Die PKK-Bewegung ist eben diese Aufstandsbewegung der kurdischen Gesellschaft. Der von der PKK bewaffnet geführte Kampf ist eine legitime Selbstverteidigung gegen die Gewalt des türkischen Staates an jeglichen Minderheiten. Die kurdische Freiheitsbewegung verteidigt die grundlegenden Rechte einer ganzen Gesellschaft. Dies als Terror einzustufen, ist eine Ungerechtigkeit und stellt eine Unterstützung für die Besatzung, Folter und Unterdrückung in Kurdistan dar. Die USA und EU haben mit der Eintragung der PKK auf die Terrorliste diese Ungerechtigkeit unterstützt und sich zum Mittäter bei der Bekämpfung der kurdischen Bevölkerung gemacht.

Die PKK ist weit mehr als eine nationale Freiheitsbewegung. Sie hat mit ihrem Kampf gegen den IS Widerstand für alle menschlichen Rechte und Werte geleistet. Und sie hat diese Bürde auf sich genommen, als ganze reguläre Armeen gegen den IS lieber die Flucht ergriffen haben als sich selbst und ihre Bevölkerung zu schützen. Der irakische Ministerpräsident Haydar el Ebadi würdigte diese Taten der PKK am 10. Oktober in Al Hurra mit folgenden Worten: „Die PKK hat mit der Errettung der Zivilisten, eine ähnliche Aufgabe erfüllt, wie internationale Hilfsorganisationen. Ich bin ihnen zu Dank verpflichtet.“

Im Moment führt die PKK an vorderster Front den Kampf gegen den Islamischen Staat. Allein aus diesem Grund ist es widersprüchlich, dass die USA und die Staaten der EU die PKK immer noch auf der Terrorliste halten.

Gegenwärtig führt selbst der türkische Staat Gespräche mit der PKK. Die PKK war allerdings auf Wunsch der Türkei auf die Liste aufgenommen worden. Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende finde und aus diesem Grund fordern wir abermals: Die PKK soll von der Terrorliste entfernt werden!

Wir laufen, um unsere oben genannten Forderungen an die Öffentlichkeit zu tragen. Wir rufen alle solidarischen Kräfte, wie auch die kurdische Gesellschaft dazu auf, an den Demonstrationen für Freiheit für Abdullah Öcalan - Freiheit für Kurdistan teilzunehmen.

KCD-E – Demokratischer Gesellschaftskongress der KurdInnen in Europa

Informationen für die Teilnahme unter:

<http://www.kcde.eu>

<https://www.facebook.com/kcde.eu>

<https://twitter.com/MesaAzadiye2015>

**In Erinnerung an Srebrenica, Vukovar, Rwanda, Halabja, Shengal...?
Möglicherweise haben wir es uns nie verziehen. Wenn wir keine
Wiederholung dessen in Kobane wollen, so müssen wir jetzt handeln.
Ist es nicht unsere Verantwortung, den Kurdischen Widerstand in Kobane zu
unterstützen??**

Einleitung

Anhand dieses Dossiers wollen wir Ihnen wichtige Informationen über den andauernden Krieg in Westkurdistan (Rojava) zukommen lassen. Wie Sie diesen Informationen entnehmen können, ist der Mittlere Osten, insbesondere Kurdistan, Schauplatz eines bedeutungsvollen Krieges. Der Bericht zeigt auf, dass die IS-Terroristen ein breit angelegtes Massaker vollziehen und einen Genozid am kurdischen Volk des Kantons Kobane verüben. Die aktuellen Angriffe des IS gegen den Kanton Kobane, die am 15. September begonnen haben, finden in Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat statt. Die Kurden leisten einen legitimen Selbstverteidigungs- Krieg, um diesem schmutzigen Treiben gegen die Menschlichkeit ein Ende zu setzen. Sie bekämpfen den IS mit beschränkten Waffen und militärischen Mitteln, sie stützen sich nur auf ihre Willenskraft und die Unterstützung des Volkes. Das Tragische daran ist, dass die Kurden hierbei weitgehend allein gelassen wurden, obwohl die gesamte Menschheit bedroht ist. Dennoch sind die Kurden entschlossen in ihrem Widerstand.

Kobane – eine Stadt in Belagerung - warum?

Sie kurdische Region Kobane ist von drei Seiten von IS-Terroristen umstellt und im Norden befindet sich die türkische Grenze. Seit dem 15. September 2014 attackieren IS-Terroristen Kobane mit starker Artillerie und Panzern. Einheiten der YPG und YPJ (*Volkverteidigungseinheiten/ Frauenverteidigungseinheiten*) haben den Angriffen für nahezu vier Wochen widerstanden, ungeachtet ihrer geringen militärischen Mittel und ihrer Abgeschnittenheit. Für die YPG und YPJ ist es zu einem existentiellen Kampf geworden, um die Kontrolle über einen ihrer drei nicht-zusammenhängenden Enklaven in Nordsyrien zu erhalten und die zivile Bevölkerung gegen die willkürlichen und grauenvollen Angriffe des IS zu verteidigen.

Kobane ist eine von drei Kurdischen Enklaven in Rojava (*Kurdische Regionen Syriens*). Kurden in Rojava haben in diesen Regionen, gemeinsam mit weiteren ethnischen und religiösen Gruppen, eine eigene Kantons-Verwaltung der Gebiete *Afrin, Kobane* und *Cizire* etabliert.

Kobanes Unabhängigkeit ist im November 2013 erklärt worden, mit einer demokratischen Verfassung unter Beteiligung aller religiösen und ethischen Gruppen. Die Schaffung von demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava stellt eine demokratische Alternative für den gesamten Mittleren Osten dar, jenseits von Nationalismus, religiösem Fundamentalismus und Patriarchat. Dieses demokratische Modell in Rojava ist Terror-Gruppen wie Al Qaida,

Jubhat al Nusra und IS ein Dorn im Auge, ebenso regionalen Kräften. Der IS führt die Angriffe auf Kobane aufgrund dieser Errungenschaften in Westkurdistan (Rojava) durch.

Innerhalb der letzten drei Wochen hat sich die Lage in der Region noch weiter verschlechtert. IS-Kräfte haben Kommentare / Videos veröffentlicht, auf welche Art und Weise sie Kurden massakrieren und töten werden, wenn sie die Stadt erobern werden. Sie bezeichnen die Kurden dabei als "Herätiker", "Säkulare" und "Ungläubige". Des Weiteren lassen die Stellungnahmen verlauten, dass sie geschworen haben die Stadt neu zu benennen mit "Ayn Al-Islam" und jedes Indiz vergangener Geschichte und Kultur auszulöschen. Kobane ist eine fruchtbare landwirtschaftliche Region in der althergebrachten Region "Obermesopotamien", die für das traditionelle und kulturelle Erbe der 400 Dörfer der die Stadt umgebenden Gebiete bekannt ist. Die auf dem Land um Kobane lebenden Kurden wurden aus ihren Heimathäusern vertrieben; mehr als 370 Dörfer wurden ethisch von ihrer kurdischen Bevölkerung "gesäubert".

Der IS schreitet bis in die städtischen Gebiete Kobanes vor und fortlaufend finden schwere Straßengefechte zwischen YPG/YPJ und den IS-Terroristen statt. ***Es befinden sich noch immer Tausende Zivilisten in der Stadt und sind unmittelbarer Gefahr eines Massakers ausgesetzt.*** Der IS versucht, den letzten noch erhaltenen Grenzübergang zwischen Kobane und der Türkei unter seine Kontrolle zu bringen.

- *Die internationalen Koalitionskräfte haben in den letzten Wochen Luftangriffe durchgeführt, um den Angriffen des IS Einhalt zu gewähren. Diese Luftangriffe müssen jedoch mit den lokalen Kräften der YPG koordiniert werden, die am Boden Straße um Straße gegen ISIS kämpfen.*
- *Es besteht außerdem die unbedingte Notwendigkeit, einen Unterstützungs-Korridor von der Türkei aus nach Kobane hin zu öffnen, um den Belagerungszustand zu brechen und die Stadt logistisch und medizinisch zu unterstützen. Der IS hat ununterbrochen ihre Frontlinien mit neuen Kämpfern, Munition und schweren Waffen verstärken können.*
- *Die Welt muss jetzt handeln und den Widerstand in Kobane unterstützen, bevor ein neues Massaker am kurdischen Volk begangen wird.*
- *Die Kantonverwaltungen in Syrien sollten anerkannt werden, auf gleiche Weise wie die Kurdische Regionalregierung im Irak. Der Widerstand der YPG/YPJ sollte unterstützt werden.*
- *Die Maße, die im Irak gegen den IS gültig sind, sollten ebenso für Syrien geltend gemacht werden.*
- *Dringende humanitäre Hilfe sollte den Menschen, die vor Übergriffen des IS fliehen, gewährleistet werden.*

Eine kurze Einschätzung zu den Angriffen des IS in Kobane seit dem 15. September 2014

Als die IS-Angriffe auf Kobane am 15. September begannen, erwarteten die regionalen Kräfte, ebenso wie die Türkei und andere Unterstützer des IS, ein weiteres *Sinjar* oder *Mossul* und hofften, dass die Stadt innerhalb vom Stunden oder Tagen fallen würde. Wie auch immer, der

heldenhafte Widerstand der YPG- und YPJ-KämpferInnen Kobanes, mit beschränkten Mitteln und alten Waffen, bekämpften diese Terroristen für mindestens 30 Tage, ohne aufzugeben oder zu zögern. Insbesondere die YPJ-Kämpferinnen haben die internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen, wie sie Schulter an Schulter mit Männern kämpfen. Die Moral und die Kampffähigkeiten der YPG/YPJ haben die Moral der Kurden in ganz Kurdistan und der ganzen Welt gefördert. Der Name Kobane und ihrer Kämpfer ist heute in den Munden aller Kurden und der ganzen Welt.

IS hat alle seine Kräfte gegen Kobane zusammengezogen

Der IS hat seine Angriffe in anderen Regionen Syriens eingestellt und seine gesamten Kräfte auf Kobane konzentriert. IS greift Kobane mit Kräften an, die sie aus dem Irak, *Al Raqqa*, *Tel Hemis*, *Manbej*, *Jarabulus*, *Deir al-Zor*, *Tel Abyad* und anderen Gebieten Syriens zusammengezogen haben. Nachdem die YPG/YPJ eine neue Offensive startete, kamen die IS-Terroristen aus Gebieten wie *Tel Abyad* und *Jarabulus* und schafften weitere schwere Waffen und Munition heran, mit dem Ziel die Stadt Kobane einzunehmen. Abgesehen von den schweren Waffen, Panzern und Artillerie, verwendet der IS immer häufiger Autobomben.

Während der ersten Tage der Gefechte unternahmen die YPG/YPJ präventive Maßnahmen gegen die Gefahr eines Genozides, indem sie zum Schutz von Zivilisten Dörfer evakuierten. Schritt für Schritt griff der IS kurdische Dörfer im Osten, Westen und Süden Kobanes an. Die schwersten Auseinandersetzungen waren in den Dörfern im Westen Kobanes zu verzeichnen: *Zerik*, *Gire Zagros*, *Jib Alferec*, *Derbazin*, *Boraz*, *Degirmen*, *Ewene* and *Qilhayde*; East of Kobanê: *Korik*, *Metini*, *Idaniye*, *Bekhdik*, *Qilqilik* and *Ebu Sirre* und im Süden von Kobane: *Qerarishik*, *Bokhaze*, *Berkhbatan*, *Torman*, *Qamche*, *Kunaftar*, *Zerik*, *Ochkardesh*, *Chelebiye*, *Piling*, *Kharbistan*, *Goraniye*, *M.khabur*.

(Quelle: BBC)

Der türkische Staat versorgte den IS per Zug mit Munition

Der türkische Staat ist direkt in den Krieg involviert, indem er per Zug Munition und logistische Unterstützung für den IS bereit gestellt hat (entsprechende Beweisfotos gingen durch die Medien). Lokale Quellen in *Girê Spî (Tel-Abyad)* versichern, dass mit dem Zug auf der Linie zwischen Türkisch- und Syrisch-Kurdistan Lieferungen an eine Militärbasis gesendet wurden, die von Banden gegenüber dem Dorf *Silîb Qeran* genutzt würden.

Der Widerstand von Kobane wird zu einem nationsweiten Widerstand

Millionen KurdInnen in Nordkurdistan (Türkei) und in Europa unterstützten den heldenhaften Widerstand von Kobane. Auch Tausende demokratische Kräfte, Gruppen und Parteien in den jeweiligen Ländern nahmen an diesen Demonstrationen teil, in Solidarität mit dem Widerstand in Kobane und den YPG/YPJ-KämpferInnen. Diesen folgten Proteste, Demonstrationen und Kundgebungen in Süd- (Irak) und Ostkurdistan (Iran).

Massendemonstrationen in Europa

London; Hunderte KurdInnen organisierten eine Demonstration am Flughafen Heathrow, um gegen die freie Einreise von Menschen über die Türkei zur Teilnahme an dem IS in Syrien und

dem Irak zu demonstrieren. Die Demonstration, die am zweiten Terminal des Flughafens startete, zielte darauf die Flüge in die Türkei zu stoppen.

Deutschland; Kundgebungen und Demonstrationen in zahlreichen Städten Deutschlands dauern an. Neben Demonstrationen zu türkischen Botschaften finden Sitzproteste statt. In fast allen deutschen Städten zogen KurdInnen zu den US-amerikanischen Botschaften, im Anschluss folgten Versammlungen vor den Landesparlamenten. Versammelt vor dem Bundesparlament, den Amerikanischen, Russischen und Französischen Botschaften, forderten die Protestierenden sofortiges Handeln, in erster Linie von Deutschland und der Europäischen Union.

Nicht nur in England und Deutschland, auch in anderen europäischen Staaten wie *Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz*, den Staaten des *Balkan* und *Österreich* gingen zehntausende KurdInnen auf die Straße. Sogar in *Russland, Indien, Afghanistan, Südafrika* und den *USA*, sowie in vielen Städten Südamerikas, gingen KurdInnen und FreundInnen der Kurden auf die Straße zur Unterstützung des Widerstands von Kobane gegen den IS.

Autonome Region Kurdistan / Irakisch- Kurdistan

In der zweiten Woche des Widerstandes von Kobane fand in Sulaymaniya ein breit organisierter Hungerstreik statt. Zudem gab es zwei große Demonstrationen.

Am 6. Oktober haben 35 Kurdische, Assyrische, Armenische und Turkmenische politische Parteien eine Kampagne gestartet, um die Kurdische Regionalregierung zur Unterstützung Kobanes zu bewegen.

Am 8. Oktober wurde vor dem Kurdischen Parlament in Erbil ein Hungerstreik begonnen. Am 9. Oktober fand in Erbil eine Solidaritätsdemonstration mit Kobane statt, organisiert von 35 Kurdischen, Assyrischen, Armenischen und Turkmenischen politischen Parteien.

Das Kurdische Regionalparlament verurteilte am 12. Oktober den gewaltvollen Umgang mit Protestierenden in der Türkei im Rahmen der Solidaritätsaktionen für Kobane und hielt die türkischen Autoritäten an, auf die Forderungen der Protestierenden einzugehen.

Zehntausende Menschen in *Sulaymaniya, Erbil, Dokan, Kelar, Halabja, Kirkuk, Rania* und *Germiyan* hielten Demonstrationen für Kobane ab.

Ostkurdistan / Iran

In Ostkurdistan wurde die Stille gebrochen. Trotz der Gefahr der Repressionen von Seiten des iranischen Regimes gingen Tausende auf die Straßen und parolierten für die YPG/YPJ. Es ist allgemein bekannt, dass politische Betätigung oder Aktivität von KurdInnen im Iran mit der Todesstrafe bestraft werden kann bzw. wird. Trotz dessen standen die KurdInnen für Kobane ein. In Kurdischen Städten wie *Mahabad, Urmiye, Sine, Ciwanroyê, Bokan, Kirmanşah, Merîwan, Pîranşar, Serdeşt, Baneh, Saqiz, Paweh, Tebriz*, sowie in der Iranischen Hauptstadt *Teheran* skandierten tausende Menschen für den Sieg Kobanes Parolen und verurteilten den IS.

Angesichts der Untätigkeit der Vereinten Nationen protestierten in Teheran einige Hundert Kurden vor deren Vertretung. Hunderte kurdische Studierende hielten in der Nähe der *Tebriz*

Univerität einen Protestmarsch ab. Nach den Protesten und Kundgebungen sind viele der Menschen verhaftet worden.

Nordkurdistan / Türkei

Millionen von Kurden protestierten gegen die Angriffe der ISIS auf Kobane. Doch die türkische Regierung griff die Protestierenden mit Sicherheitskräften und paramilitärischen Kräften an. Die türkischen Polizeikräfte riefen aus: *“Lang lebe IS”*.

Der türkische Innenminister *Efkan Ala* hielt eine Pressekonferenz ab und eröffnete die Bilanz der Protestaktionen in der gesamten Türkei seit dem 6. Oktober, die in Solidarität zum Widerstand in Kobane und gegen die Unterstützung des IS durch die AKP Regierung abgehalten wurden.

Ala lies verlauten, dass 33 Menschen ihr Leben verloren hätten und weitere 351 verletzt seien. Obwohl nach Darstellung *Alas* Aktionen in 35 Provinzen der Türkei zu beobachten seien, bezeichnete er die Protestierenden als *“eine marginale Gruppe”*.

Bilanz nach den Angriffen der türkischen Polizeikräfte:

	<u>OPFER</u>	<u>TODESURSACHE</u>	<u>DATUM</u>	<u>ORT</u>
1	Hakan Buksur (25)	Tränengasschatulle der Polizei	7. Oktober	Muş/Varto
2	Hamdi Caner (55)	Geschützfeuer der Polizei	7. Oktober	Van
3	Kerem Karaaslan (22)	Geschützfeuer paramilitärischer Kräfte	7. Oktober	Mardin
4	Sinan Toprak (16)	Geschützfeuer paramilitärischer Kräfte	7. Oktober	Mardin
5	Bilal Gezer (29)	Geschützfeuer paramilitärischer Kräfte	7. Oktober	Mardin
6	Yusuf Çelik (17)	Geschützfeuer von “Dorfschützern” der AKP	7. Oktober	Siirt
7	Mehdi Erdoğan (35)	Geschützfeuer von “Dorfschützern” der AKP	7. Oktober	Siirt
8	Mahsum Çoban (21)	Geschützfeuer paramilitärischer Kräfte	7./8. Oktober	Diyarbakır
9	Emrah Demir (23)	Geschützfeuer paramilitärischer Kräfte	7. Oktober	Batman
10	Eshan Akdoğan	Geschützfeuer von Unbekannten	7./8. Oktober	Mardin
11	Davut Nas (19)	Geschützfeuer der Polizei	8. Oktober	Siirt

12	Kamil Tas (28)	Geschützfeuer von Unbekannten	8./9. Oktober	Siirt
13	Ahmet Albay (65)	Geschützfeuer von ISIS	8. Oktober	Adana
14	Necmettin Çelik (45)	Geschützfeuer von "Dorfschützern" der AKP	9. Oktober	Siirt
15	Abdülkerim Seyhan (27)	Geschützfeuer türkischer Soldaten	9. Oktober	Mardin
16	Beşir Remezan Arif (8)	Geschützfeuer türkischer Soldaten	9. Oktober	Nusaybin
17	Yunus Aktaş	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Van
18	Erhan Şenyuza	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Bingöl
19	Ali Bozan	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Bingöl
20	Yunus Bulut	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Bingöl
21	Murat Karaca	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Bingöl
22	Necmettin Demir	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Bingöl
23	Kendal Serhat	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Bingöl
24	Sülayman Balcı (15)	Attacke rassistischer Islamisten	9. Oktober	Gaziantep
25	Sevgi Alıcı (16)	Attacke rassistischer Islamisten	9. Oktober	Gaziantep
26	Ömer Uçeker (27)	Attacke rassistischer Islamisten	9. Oktober	Gaziantep
27	"Name noch immer unbekannt"	Attacke rassistischer Islamisten	9. Oktober	Gaziantep
28	Murat Dağ	Geschützfeuer der Polizei	9./10. Oktober	Diyarbakır
29	Mert Değirmenci (18)	Attacke rassistischer Islamisten	9./10. Oktober	İstanbul
30	Mesut Menekşe (42)	Attacke rassistischer Islamisten - Tränengas	9./10. Oktober	Diyarbakır
31	Sahan Akdoğan (27)	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Gaziantep
32	Uğur Özbay (19)	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Diyarbakır
33	Baver Şeyhanlıoğulları (18)	Geschützfeuer der Polizei	9. Oktober	Diyarbakır

Stellungname des UN-Sondergesandten

Der UN-Sondergesandte für Syrien, *Staffan de Mistura*, rief die internationale Gemeinschaft und die Türkei in Genf am 10. Oktober 2014 dazu auf, maßgebende Handlungen vorzunehmen, um Zivilisten zu schützen und den Fall der Stadt in die Hände des IS zu verhindern. De Mistura verglich die Situation in Kobane mit der Belagerung von Srebrenica und sagte:

“Erinnern Sie Srebrenica? Wir tun es. Wir haben es nie vergessen. Und möglicherweise haben wir uns das nie verziehen. Ich war in der Region. Ich war nicht in Srebrenica, aber ich gehörte der Generation des UN-Sekretariats an, das sich schrecklich fühlte als sie realisierten, dass sie sich auf Dubrovnik, auf Sarajevo fokussiert hatten, und Srebrenica gefallen ist. Erinnern Sie Vukovar, erinnern Sie Rwanda. Wir haben uns gesagt, basierend auf den Prinzipien, die der Generalsekretär Ban Ki-moon immer stärker betont, das heißt Unmittelbare Menschenrechte (“Human Rights Up Front”), dass wir, wenn es eine akute Gefahr für Zivilisten gibt, nicht stumm bleiben können, wir nicht stumm bleiben sollten. Es mag sein, dass es viele politische Gründe, strategische Gründe gibt, die aufzeigen, dass es schwierig ist, etwas diesbezüglich zu tun. Aber der Generalsekretär hat eine deutliche Stellungnahme abgegeben, dass jeder, der etwas tun kann, handeln sollte. Bitte treten sie in Aktion um Zivilisten zu schützen, in diesem Fall von Kobanê –Ayn al-Arab. Haben wir ein internationales Szenario, dass jede Art von Handlung rechtfertigt? Nun ja, die Resolution 2170 sagt es deutlich. Jeder sollte machen, was er kann, um dies grausame terroristische Bewegung zu kontrollieren und hoffentlich zu stoppen, besonders wenn diese deutlich aufzeigt, wo sie noch hinziehen werden. Das ist humanitäres Gesetz. Da gibt es Srebrenica. Da sind die Bilder, die wir nicht sehen wollen, uns nicht ansehen können, und ich hoffe, dass Sie keine Enthauptungen von Menschen sehen werden, die der Verteidiger und der Zivilisten. Das sollte theoretisch genügend Ansporn sein.”

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte haben ebenso ihre schwerwiegende Besorgnis ausgedrückt, angesichts der Gefahr von Massakern an Kurden in Kobane.

Stellungnahme der EU

“Wir sind tief besorgt um die Sicherheit und humanitäre Situation in Kobane und dem Rest der Syrisch-Kurdischen selbsterklärten autonomen Regionen, nach drei Wochen Belagerung und heftigen Kämpfen gegen IS. Die Bevölkerung von Kobane hat der internationalen Gemeinschaft ihre Entschlossenheit bewiesen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um ihre Grundrechte und Werte zu verteidigen und gegen die Unterdrückung Widerstand zu leisten.

Wir verurteilen IS und ihre Offensive in Kobane zutiefst und bleiben verpflichtet unsere Rolle, im Kampf gegen IS und in Solidarität mit den Menschen, die unter den Aktionen der IS zu leiden haben, im vollen Maße zu spielen. Die EU, die Türkei und alle regionalen und internationalen Partner müssen enger zusammen arbeiten, um die Bedrohung durch IS zu isolieren und einzudämmen. Die EU unterstützt in vollem Maße die diplomatischen Bemühungen des UN-Sonderbeauftragten für Syrien Staffan De Mistura für eine politische Lösung der Syrischen Krise.

Wir sind außerdem besorgt durch die aktuell diesbezüglich auftretende Gewalt in der Türkei und dem Verlust von Menschenleben. Wir rufen alle Seiten dazu auf, in Verhandlung zu treten, um die Differenzen zu begleichen, und wiederholen die eingehende Unterstützung der EU für den Lösungsprozess der Regierung für die Kurden. Die EU ist von der Dringlichkeit der Situation ergriffen und arbeitet an den Feinheiten eines umfangreichen weiteren Unterstützungspaketes.”

Die Stadt, die die Welt bewegt, hat Stand gehalten und bewiesen, dass sie nicht fallen wird

Die Stadt, die die Welt bewegt

Eine Kurdische Stadt an der Grenze zwischen der Türkei und Syrien, Kobane, ist zum Stalingrad der heutigen Zeit geworden, eine eingekesselte Stadt in der Sowietunion während des Zweiten Weltkrieges, welche widerstanden hat und zum Wendepunkt des Krieges wurde. Kobane wird von drei Seiten von IS belagert und Kurdische Kämpfer (YPG/YPJ) bekämpfen diese seit über drei Wochen im Radius von 30 km. In der letzten Woche verwandelten sich die Gefechte in ständige Nahkämpfe im Stadtgebiet, unterstützt durch Luftangriffe der Koalitions-Kräfte. Trotz der Erwartungen vieler, einschließlich des US-Generals und US Joint Chief of Staff Martin Dempsey, der seine Besorgnis äußerte „Kobane wird fallen“, hielt die Stadt stand und bewies, dass sie nicht fallen wird.

Die Menschen in Kobane und die Kämpfer haben nicht nur ihre Widerstandskapazität bewiesen, sondern sie wurden auch Symbol und Anlass für weltweite Massendemonstrationen. Aus Solidarität mit Kobane gingen zehntausende KurdInnen weltweit auf die Straße, führten Demonstrationen, Menschenketten und Mahnwachen, so auch an der Grenze zu Kobane, durch. Diese Massenmobilisierung gab es zuletzt im Rahmen der Verschleppung des Kurdenführers Abdullah Öcalan aus Kenia 1999. Als Resultat des Widerstandes von Kobane wurde die Revolution in Rojava zu einer der Hauptthemen der internationalen Presse und die Kurden wurden als einziger säkularer und kompetenter Partner im Kampf gegen den IS dargestellt.

Die Politik der Türkei in Bezug auf den Mittleren Osten, den IS und die Kurden

Jedoch spielte die Türkei unter ihrer islamischen AKP Regierung, welche die Dschihadisten eher als eine Möglichkeit den als Gefahr sieht, eine sehr hinderliche Rolle sowohl regional als auch international gespielt. Diese Rolle beinhaltet zwei Aspekte, auf denen die Politik der Türkei im Hinblick auf den Mittleren Osten und die Kurden basiert. Erstens, unter der vom ehrgeizigen und rücksichtslosen R.T. Erdogan geführten AKP-Regierung versuchte die Türkei eine zentrale Vorreiterrolle im Mittleren Osten einzunehmen, was zumindest am Anfang vom Westen unterstützt wurde. Im Verlauf jedoch kristallisierte sich jedoch die parteiische Haltung zum sunnitischen Islam heraus und der Westen und die Türkei divergierten in diesem Punkt. Am Ende erklärte US-Vizepräsident Joe Biden, dass die Türkei gemeinsam mit anderen Staaten in der Region den IS unterstützt hat und Erdogan gestand diesen Fehler ein. Obwohl sich Biden später für diesen Kommentar entschuldigte, war der Schaden verursacht.

Zweitens, die Negierungspolitik der Türkei gegenüber der kurdischen Frage wurde zu einem Hindernis für seine Bestrebungen in der Region. Seit Beginn der Syrienkrise war die Prävention einer kurdischen Selbstverwaltung in Syrien Hauptsorge der Türkei. Das Erstarren der Dschihadisten, den IS inkludierend, erscheint für die Türkei als praktikable Möglichkeit, dies auch als Druckmittel gegen die kurdische Bewegung in der Türkei einzusetzen. Auch die Bestrebungen der Türkei die syrische Opposition zu beeinflussen, gar zu lenken, stehen in diesem Zusammenhang. Die Türkei war und ist sehr ambitioniert, die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava zu zerstören. Aus diesem Grund hat sie die Grenzen

geschlossen, attackiert brutal die Demonstranten, sowohl an der Grenze als auch im ganzen Land.

So wie mehrfach in der Vergangenheit, ignoriert die Türkei auch jetzt den auf dem Widerstand von Kobane basierenden Ausbruch der Kurden. Allein in den ersten drei Tagen im Oktober gab es in allen kurdischen und türkischen Städten Protestaktionen. Dabei kamen über dreißig Menschen ums Leben, in sechs kurdischen Provinzen, Diyarbakir als größte dieser, wurde eine Ausgangssperre verhängt. Der andauernde Friedensprozess steht kurz vor dem Aus. Die Türkei hat erkannt, dass ihre Stabilität und ihre Sicherheit brüchig sind. Während die Zurückhaltung der Türkei, gemeinsam mit der kürzlich gegründeten Allianz mehr im Kampf gegen den IS zu tun, führte zu einer Situation, in der ein diplomatischer Stillstand zwischen der Türkei und den USA aufgrund der Syrienpolitik herrscht. Die Forderung der Türkei nach einer Flugverbotszone gegen das syrische Regime und die Einrichtung einer Pufferzone wurden von den USA abgelehnt. Die von den USA angeführten Koalitionskräfte sehen eine Strategie in Syrien vor, die auf defensiven Luftangriffen beruht, welche die IS schwächen soll.

Mit den Worten eines Journalisten, der den Pentagonsprecher fragte, „ein überraschenderweise immer länger dauernder Kampf“ in Kobane; jedoch scheinen sich viele Dinge zu ändern. Die Erwartungen oder besser gesagt der Wunsch, dass Kobane fällt, ging nicht in Erfüllung und der Pentagon musste von „überwiegend defensiven Luftangriffen zu offensiveren und taktischeren Angriffen übergehen. Es scheint, dass nicht nur die Kurden, sondern auch die Allianz in Syrien einen Erfolg braucht. Die Obama Regierung ist bestrebt zu beweisen, dass sie ohne Entsendung von Bodentruppen durch Luftangriffe Erfolg gegen den IS hat. Der nun einmonatige Widerstand von Kobane bietet die beste Möglichkeit hierfür.

Aktuell gibt es drei Hauptakteure im Widerstand von Kobane

Der Widerstand der kurdischen Kämpfer (YPG/YPJ) und der Bevölkerung von Kobane, die weltweiten Demonstrationen in allen Teilen Kurdistans, der Diaspora und der Türkei sowie die Luftangriffe der internationalen Allianz.

Die ersten beiden Faktoren triggern den letzteren und die US betrachten den Widerstand in Kobane als Möglichkeit eines Erfolges in Syrien. Dies kann selbstverständlich die Position der Kurden gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft und der Türkei verändern.

Es scheint als würde der Widerstand von Kobane das alte Sprichwort „nicht jeder Herausforderer kann gewinnen, aber jeder Gewinner ist ein Herausforderer“ bestätigen.

Diese Aktionen sind dringend notwendig::

- *Die internationale Verantwortung für die Bedrohung durch den IS im Irak und Syrien kann nicht selektiv zugeschrieben werden, denn Ereignisse im Irak beeinflussen direkt auch syrisches Gebiet. Luftangriffe im Irak gegen den IS haben zu einer Refokussierung der militärischen Aktionen des IS in Syrien geführt, wo es insbesondere im Norden frei agieren kann.*
- *Angriffe auf den IS sind in Anbetracht der Kriegsverbrechen und der Genozidgefahr notwendige Hilfsmaßnahmen.*

- *Die internationale Staatengemeinschaft muss die Ausführungen der Resolution 2170 des UN-Sicherheitsrates mit Sanktionen aller Mitgliedsstaaten gegen den IS garantieren. Dies ist im Hinblick auf den Grenzzugang des IS an der Syrisch-Türkischen Grenze und der Planung der Angriffe von türkischem Gebiet aus dringlich.*
- *Die internationale Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung zum Schutz der Zivilbevölkerung von Kobane nachkommen, um eine weitere humanitäre Tragödie zu verhindern. Ohne eine Intervention kann die Situation eskalieren und die Welt wird einen neuen Genozid erleben.*

Der 128. Tag des Widerstandes in Kobane

Im Zuge der Rückeroberung vieler strategisch wichtiger Punkte wurde auch der Mistenûr Hügel befreit. KämpferInnen der YPG/YPJ führen weiterhin Aktionen durch, um die Stadt zu befreien.

Durch die Einnahme vom Mistenûr Hügel hat sich die Position der YPG/YPJ in der ganzen Stadt Kobanê gestärkt, auch über die Straße nach Aleppo und denen, die vom IS für militärischen Nachschub benutzt werden. Die Aktionen wurden aus der Luft von Seite der Anti-IS Koalition unterstützt.

Darüber hinaus haben die KämpferInnen der YPG/YPJ Angriffe gegen den IS an der südlichen Front in der Nähe des Krankenhauses und der Straße nach Aleppo durchgeführt. Dadurch wurden alle IS Banden an dieser Seite der Front aus der Stadt vertrieben. YPG/YPJ KämpferInnen haben den gesamten Bereich um Sukul Hal und Teile des Sinea Stadtviertels im Osten der Stadt vom IS befreit.

YPG/YPJ KämpferInnen griffen den IS zeitgleich im Bereich des Krankenhauses im südlichen Teil der Stadt an.

Biharin Kendal, eine der YPJ Kommandantinnen in Kobanê, dankte allen, die seit Monaten an der Grenze Wache halten und dadurch dazu beitragen, dass der finale Sieg in Kobanê kurz bevor steht. „Wir versprechen, dass wir siegen werden für alle diese heldenhaften Mütter von Kurdistan, die ihre Kinder verloren haben. Und wir werden unseren Kampf, in dem viele unserer FreundInnen gefallen sind, bis zum Ende weiterführen. Kobanê und der Widerstand wird siegen.“ sagte sie. „Unser Ziel ist allen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden, die zurückkommen, sobald der IS aus Kobanê vertrieben ist.“

Humanitärer Korridor und Hilfe dringst benötigt!

Es gibt großen Bedarf an Medikamenten, Öfen, Essen und Windeln für Babys. Es ist unbedingt nötig, dass ein humanitärer Korridor eingerichtet wird, um notwendige Hilfe über die Grenze zu bringen. Aufgrund des fehlenden Korridors gelangt keine internationale Hilfe nach Kobanê.

Wir rufen internationale Hilfsorganisationen dazu auf, ihre Unterstützung zu verstärken. Der Krieg in Kobanê geht weiter und es wird lange Zeit dauern, bis sich die Dinge hier wieder normalisieren.

DIE KRIMINALISIERUNG DER KURDEN UND IHRE FOLGEN

Das kurdische Volk ist starken Repressionen und Massakern durch die in der Region vorherrschenden Staaten ausgesetzt. Diese Tatsache wird in Berichten der Menschenrechtsorganisationen, in zahlreichen Entscheidungen des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte sowie in der Berichterstattung unabhängiger Beobachter, Journalisten und Experten nachweislich dargelegt.

Die Unterdrückung und Tyrannei wird ohne Zweifel durch die Politik der europäischen Staaten mit Mechanismen wie der Terrorliste gefördert. Diese spielen eine einschneidende Rolle bei der Assimilation, Vertreibung und Vernichtung von Millionen Kurden durch Länder wie dem Iran, Irak, Syrien und der Türkei. Die europäischen Staaten erfüllen diese Mission nicht nur durch politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung, sondern auch durch die Kriminalisierung und Verfolgung der Kurden und ihrer demokratischen Institutionen innerhalb Europas.

Diese erbarmungslose Politik der USA und Europas gegen die kurdische Seite bildet auch heute noch die wichtigste Grundlage für den 'Staatsterror' in Kurdistan.

Mit diesem Dossier möchten wir die Folgen der gegen die kurdische Bevölkerung praktizierten Kriminalisierung veranschaulichen. Die in diesem Dossier aufgeführten Aspekte stellen in Anbetracht der tatsächlichen Situation nur die Spitze des Eisberges dar.

DER TERROR UND DIE JUSTIZ

Die Bezeichnung des Existenzkampfes der Kurden als „Terrorismus“ stellt eine große Ungerechtigkeit dar. Das Ausmaß dieser Ungerechtigkeit zeigt sich daran, dass die Kriminalisierung und Verbote gegen die kurdische Politik zu Zeiten der dunkelsten Kapitel türkischer Geschichte, als der Faschismus des Putsches vom 12. September seinen Höhepunkt erreicht hatte und Millionen Menschen in den Gefängnissen und auf den Straßen gefoltert wurden, begonnen haben.

In den Jahren, in denen kurdischen Dorfbewohner von Militärkräften zum Verzehr von Gülle gezwungen wurden, war eine Gruppe kurdischer Politiker in Deutschland unter schweren Bedingungen inhaftiert und vor Gericht gestellt. In dem Jahr, in dem Deutschland im Rahmen der Verbotspolitik kurdische Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtenagenturen verboten hat, führten hunderte Polizisten am 10. Dezember 1993, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, in der Türkei eine Razzia gegen die Zeitung Özgür Gündem durch, nahmen zahlreiche Journalisten fest und verhängten ein Publikationsverbot. Am 3. Dezember 1994 wurden die Zentrale sowie zwei Büros der in Folge gegründeten Zeitung Özgür Ülke bombardiert; ein Journalist kam dabei ums Leben. Es ist möglich dutzende Beispiele für diese Parallelitäten aufzuführen. Dies zeigt, dass die Repressionen gegen das kurdische Volk nicht allein auf die Türkei beschränkt sind, sondern von zahlreichen internationalen Kräften koordiniert werden. Andernfalls hätte die Türkei diese schweren Menschenrechtsverletzungen nicht begehen können.

Die USA und Europa bieten der Türkei mit der um den Terrorbegriff gestrickten Politik die größte Unterstützung Ihres repressiven Systems. Dabei gibt keine von Juristen und Politikern akzeptierte wissenschaftliche und allgemein gültige Definition des Terrorbegriffs. Die westlichen Mächte versuchen diese Definition und das Profil eines Terroristen entsprechend ihrer Interessen zu definieren und anschließend diese der Justiz zuzuordnen. Die Existenz dieser zahlreichen weit verbreiteten und widersprüchlichen Definitionen hängt von den unterschiedlichen politischen Interessen ab. Die Definition des tatsächlichen Terrorprofils und der Terroraktionen verdeutlicht die Herangehensweise der hegemonischen Staaten deutlicher als allgemeine Formulierungen. Beispiele: während die Tschetschenen für Russland eine Terrorgruppe sind, können sie die Türkei problemlos als Rückzugsgebiet bzw. Operationszentrum nutzen. Die Herangehensweise der Türkei und Israels an die Hamas sind sehr unterschiedlich. Die Al-Kaida ist für die USA terroristisch, nicht jedoch für die Türkei. Sie unterstützt diese sogar. In einem jüngsten Gerichtsbeschluss wurde festgestellt, dass mehrfach „die beschlagnahmte Munition in die Camps der Al-Kaida gebracht wurde“ durch eine mit dem türkischen Geheimdienst kooperierende Person. Die Unterstützung der Al-Kaida durch die Türkei wurde so offiziell protokolliert.

Mit dem 11. September gewann der Terroraspekt eine neue Funktion als grundlegende Strategie und Basis für Vorherrschaft sowie als bestimmender Faktor für internationale Beziehungen. Diese neue globale, auf Terror aufgebaute Strategie ist auch heute determinierend. Mit dem 11. September hat die Terror-basierte Angriffspolitik der NATO und der Türkei gegen das kurdische Volk eine globale Ausrichtung gewonnen. Mit diesem Terrorkonzept wurden nicht nur Kurden, sondern alle Oppositionellen, Oppositionsgruppen und Gesellschaften zum Subjekt von Menschenrechtsverletzungen. Unter diesem Aspekt hat der Begriff Terror keine rechtlichen Grundlagen, sondern rein politische Hintergründe. Während jeder Staat in seiner Verfassung über ausreichende Sicherheitsvorgaben verfügt, werden mit dem Begriff des sogenannten globalen Terrors die Menschenrechte sowie die sozialen und politischen Rechte weltweit eingeschränkt und Millionen Menschen zu Opfern.

DAS KURDENPROBLEM UND DER TERRORBEGRIFF

Der Begriff Terror lässt sich am kurdischen Beispiel an der Position Kurdistans und seinem fehlenden Status erklären.

Kurdistan ist als ein von regionalen Mächten geteiltes und verwaltetes Land ein in seiner Art einzigartiges Beispiel. Es ist das größte und einwohnerreichste territoriale Gebiet ohne jeglichen Status. Die Aufteilung des Mittleren Ostens unter den imperialistischen Mächten im 20. Jahrhundert führte zu diesem Zustand. Nach der Zerstörung des traditionellen Status quo durch die neuen globalen und regionalen Bestrebungen konnte es zu Beginn des 21. Jahrhunderts erneut auf die historische Agenda treten. Nachdem sich die intensive Bindung der Kurdistan beherrschenden kolonialistischen Staaten mit den imperialistischen Mächten, allen voran den USA gelöst hatte, trat die kurdische Frage offensichtlicher zu Tage. Nachdem im globalen Machtkampf erst der Irak und danach Syrien ausgeschlossen wurden, wurden diese Regime als diktatorisch und terroristisch bezeichnet.

Dieser Status hat dazu geführt, dass die von den in Kurdistan herrschenden kolonialen Mächten verübten Genozide und historischen Tragödien unbeachtet blieben. Jede punktuelle Zersplitterung dieses Status hat diese Verbrechen ein wenig sichtbar gemacht. Die intensiven

Beziehungen der Türkei zu internationalen Kräften führen jedoch dazu, dass die Geschehnisse in dem Teil von Kurdistan, in dem sich die meisten Massaker ereignet haben, verdeckt bleiben und die Repressionspolitik gegen die kurdische Bevölkerung hemmungslos fortgesetzt wird.

Die nach dem 11. September zu einer globalen Strategie gewordene Terrorpolitik führte dazu, dass der Staatsterror dieser Länder verheimlicht, vertieft und legalisiert wurde. Dieser neuen globalen Strategie bedienten sich gegen das kurdische Volk am meisten die türkischen Regierungen. Die Terrorliste wurde in diesem Zusammenhang allmählich zum wesentlichen Instrument.

Vor diesem Hintergrund sind zwei wesentliche Aspekte der Terrorliste zu erwähnen.

1. Alle von den türkischen Regierungen bzw. dem türkischen Staat verübten Genozide, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die einen langen historischen Hintergrund in der Kurdenproblematik haben, wurden freigesprochen und haben unter dem Schirm dieser Liste eine Legitimation gewonnen. Gleichzeitig wird auch für die Zukunft den türkischen Regierungen jegliche Zusage erteilt. Sogar bei einem Massaker wie das von Roboski hat uns das ignorante Verhalten der "zivilisierten Welt" trotz aller Widerstände im Inland gezeigt, inwiefern den türkischen Regierungen Zugeständnisse gemacht werden.

2. Mit dieser Terrorliste haben sich sowohl die USA als auch die EU als Initiator und ausführendes Organ der Liquidationsstrategie gegen die kurdische Politik geoutet. Mit der Zeit wurden alle Vorgänge und Repressionen gegenüber der kurdischen Politik und Bevölkerung durch diese Liste legitimiert. Der Umstand, dass sie in vielen weiteren Ländern in dieser Weise übernommen wurde, zeigt diese beabsichtigte Mission der Terrorliste.

Die Friedensbemühungen des kurdischen Volkes werden nicht beachtet.

Besonders seit 1993 kann man von mit der Deklaration des einseitigen Waffenstillstandes der PKK unter Leitung ihres Vorsitzenden Herrn Abdullah Öcalan beginnenden und nun über 20 Jahre andauernden Friedensbemühungen sprechen. Auch in den Jahren 1995 und 1998 wurden ähnliche einseitige Waffenstillstände ausgerufen, um den Weg für einen Frieden zu ebnen. Jedoch intensivierte der türkische Staat in diesen Zeiten stets seine militärischen Eingriffe sowie den Angriff auf Zivilisten. Jedes Mal wurden die Friedensbemühungen als eine Schwäche der PKK öffentlich interpretiert.

Herr Öcalan hat auch nach seiner illegalen Entführung in die Türkei seine Friedensbemühungen fortgeführt und die bewaffneten Kräfte zum Rückzug veranlasst. Dieser Rückzug wurde durchgeführt, während das türkische Militär seine Angriffe weiter fortsetzte, so dass hunderte Guerilla-Kämpfer dabei ums Leben gekommen sind. Eine Gruppe von Guerilla-Kämpfern kehrte auf Veranlassung von Herrn Öcalan als sogenannte Friedensgruppe mit der Absicht auf einen waffenlosen Prozess in die Türkei zurück. Mit dem Ziel, diesen Prozess zu beschleunigen, reiste auch eine europäische Delegation kurdischer politischer Aktivisten in die Türkei ein. Diese Entwicklungen fanden jedoch ein rasches Ende, als der türkische Staat allen Beteiligten Freiheitsstrafen von 10-15 Jahren auferlegte. Trotz dessen wurden lange Zeit keine Waffen verwendet, was aber dennoch nicht als eine Chance für den Frieden ergriffen wurde.

Die PKK blieb nicht alleine bei einem Waffenstillstand und dem Rückzug über die Landesgrenzen. Mit dem Wechsel des Namens und ihrer Symbole, entwickelte sie sich zu einer

alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Dachorganisation, um als Akteur in der demokratischen Politik mit zu agieren.

Genau in dieser Phase wurde die PKK in die EU-Terrorliste aufgenommen. Faktisch existierte zu dieser Zeit die PKK juristisch nicht mehr. Allein diese Tatsache beweist, dass die Terrorliste nichts mit Sicherheit zu tun hat, sondern ein Unterdrückungsinstrument ist.

Die Entstehung einer Terrorliste ist weder auf eine vorangehende öffentliche Diskussion noch auf ein Urteil nach einem juristischen Prozess zurückzuführen. Im Gegenteil, die Listen aller EU-Länder wurden zu einer EU-Liste zusammengeführt, die halbjährlich ohne jegliche Diskussion aktualisiert wird. Bedeutende politische Entwicklungen der letzten 12 Jahre im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik, wie z.B. die einseitigen Waffenstillstände, die Begrenzung der kämpferischen Aktivitäten auf eine die legitime Verteidigungsposition oder die Bestrebungen einer politischen Legitimierung, wurden in keinsten Weise beachtet. Ebenso wird der PKK keine Beachtung beigemessen, wenn sie sich an die Genfer Konventionen hält und sich mit ihrer Unterschrift für den Verbot von Minen ausspricht.

Am 21. März 2013 hat sich Herr Abdullah Öcalan in seiner Newroz-Botschaft, verlesen vor Millionen von Zuhörern, erneut für einen demokratischen Weg ohne den bewaffneten Kampf ausgesprochen, den er bis heute bestimmt verfolgt. Gegenüber diesen zwanzig Jahre andauernden Friedensbemühungen hat die sich auf die Terror-Liste und die Justiz der einzelnen Länder stützende Kriminalisierung nicht an Intensität verloren.

DEUTSCHLAND, DAS PKK-VERBOT UND DIE TERROR-LISTE

Deutschland hat immer eine führende Stellung in der Bekämpfung des Freiheitswillens der Kurden eingenommen. Dass die NATO der Deutschen Regierung die Initiative zu Angriffen gegeben hat, ist offensichtlich. Das Vorgehen Deutschlands gegen die PKK geht nachweisbaren Belegen zufolge bis auf das Jahr 1986 zurück. Damit also bis in den Zeitraum, in dem in der Türkei die schweren Auswirkungen des Faschismus vom 12. Septembers andauerten.

Lange bevor die PKK in die EU Terrorliste aufgenommen wurde, hat Deutschland mit einem Beschluss vom 22.10.1993 die politischen Aktivitäten der PKK verboten und in der Praxis umgesetzt. Das Verbot der PKK seitens der deutschen Bundesregierung, welche die PKK als Innere Gefahr bewertet, war auch für die Europäische Union Anlass zur Ausweitung der Liste. Als die Bundesregierung das PKK Verbot verhängte, existierten jedoch keinerlei politische Aktivitäten der PKK innerhalb der Grenzen Deutschlands.

Die Umsetzung des PKK Verbots in Deutschland verdeutlicht in ihrer Art und Weise die Logik, Ziele und Auswirkungen des Verbots und der Liste. Die Umsetzungsphase lässt sich beispielhaft aus einem öffentlichen Schreiben aufzeigen: Zu den Anfragen einiger Abgeordneten der Partei Die Linke an die deutsche Regierung gab diese am 16.04.2013 eine umfassende Stellungnahme ab. Hiervon können statistische Informationen wiedergegeben werden.

Am Tag des PKK Verbots wurde ein Betätigungsverbot gegen die Kurd-HA Nachrichtenagentur, die Zeitschrift Berxwedan, die Föderation FEYKA-Kurdistan sowie insgesamt 30 Vereine und Informationszentren verhängt und entsprechende Publikationsverbote ausgesprochen. Zwischen 1994 und 98 wurden diese Maßnahmen fortgesetzt und 15 weitere Vereine mit ähnlicher Prozedur verboten. In den Jahren 2005-2008 wurden die Medienorgane Özgür Politika,

Mesopotamia Broadcast, Roj TV und VIKO verboten. Bei der Durchsuchung der Geschäftsräume wurden nahezu 100 Tonnen Bücher, Zeitschriften und Zeitungen beschlagnahmt. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen und der ins Visier genommenen Vereine, hat Deutschland Zehntausende Kurden im Rahmen dieses Verbots zur Zielscheibe gemacht. Das Verbot ist gleichzeitig ein Anschlag auf Kultur-, Gesellschafts- und Öffentlichkeitsarbeit. Erwähnt sei hier auch, dass bei den Durchsuchungen keine Waffen oder ähnliche Gegenstände gefunden wurden.

Zwischen den Jahren 2001 – 2012 (in der sich die Übergriffe minimal reduzierten) wurden aufgrund der Verletzung des Vereinsrechtes insgesamt 3411 Rechtsverfahren eröffnet. Tausende Menschen wurden wegen ihrer politischen Aktivitäten angeklagt und verurteilt.

Die juristische Hetze gegen die kurdische Gesellschaft ist auf eine politische Entscheidung des Innenministers zurückzuführen und wird mit tiefgreifenden Maßnahmen auf die kurdische Gesellschaft angewandt. Neben den genannten Verboten der Vereine sowie den Gerichtsverfahren wurden die demokratischen und legitimen Aktivitäten der Kurden verboten. Diese sind u. a. die gesetzeswidrige Anwerbung kurdischer Jugendlicher als Spitzel, die Ablehnung der Einbürgerung bei Vereinsmitgliedschaft oder Teilnahme an einer Aktivität, das Verbot von Symbolen und die Verweigerung von gewonnen Rechten ohne Distanzierung von der Kurdischen Politik und Gesellschaft.

Deutschland hat bis heute mit ihrer eigenen Verwaltungsentscheidungen und ihrer Praxis unter dem Deckmantel des PKK Verbots versucht, die kurdische Gesellschaft zu marginalisieren, ihre Rechte zu beschneiden und die Kontaktaufnahme zu Deutschen und anderen Völkern zu verhindern. Dadurch wird auch der repressive Charakter des türkischen Staates verdeckt. Da diese seit 20 Jahren verfolgten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kurdische Gesellschaft auf Grundlage einer Verwaltungsentscheidung juristisch nicht mehr haltbar sind, neigt man dazu, die Maßnahmen über die EU Terrorliste aufrecht zu erhalten. Eine Verwaltungsentscheidung wurde zunehmend in das EU Gesetz übernommen, um die Kurden weiterhin an ihren demokratischen Rechten zu hindern. Nachdem der Justizminister entschied den Paragraphen 129/b des deutschen Strafrechts auf die Kurden anzuwenden, stützten sich die Repressionen auf eine breitere Basis. Obwohl es überhaupt keine Aktivitäten in Deutschland gibt, werden Kurden, dargestellt als Gefahr für Deutschland und Störfaktor für die gesellschaftliche Ordnung, zum Mitglied und Anhänger einer internationalen Terrororganisation deklariert. Diese werden mit ähnlichen Neigungen anderer europäischer Staaten zusammengeführt. Auf diese Weise erreicht dieses Angriffskonzept auf europäischer Ebene eine noch globalere Ebene.

DIE TERROR-LISTE UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Es ist angebracht, die letzten vier Jahre seit 2009 als eine Zeit zu bewerten, in der die Terror-Liste Früchte trug. Die USA und die Europäische Union haben ihre juristischen und technischen Vorbereitungen getroffen und setzen nun ihr Vorhaben schrittweise um.

In Deutschland konzentriert sich die Umsetzung der Vorhaben auf den Paragraphen 129/b. Bis dato umfasst das Strafmaß, das sich auf diese Paragraphen bezieht, zwischen 2,5 und 3,5 Jahren. Es kristallisiert sich aus den Vorbereitungen heraus, dass das Strafmaß aus den andauernden Verfahren höher ausfallen wird. Außerdem ist zu ergänzen, dass dieser Paragraph, ganz wie der

in den KCK-Verfahren, bei Zeiten gegen einen viel breiteren Kreis angewendet werden kann. Zumindest umfassen die Paragraphen ein solches Ausmaß.

Hinzuweisen ist auch auf eine andere Maßnahme, welche schrittweise politische Aktivisten einbezieht. Bisher wurde das Strafverfahren auf Grundlage der Anklage eröffnet. Anstelle dessen verbreitet sich die Methode, eine Serie von Verwaltungsbeschlüssen auf Basis des Ausländerrechts anzuwenden, mit dem Ziel der Ortsbindung der Person. In der Praxis wird diese Taktik gegenüber politischen Aktivisten angewendet, indem sie falls möglich, ausgewiesen werden, falls nicht, ihr Aufenthaltsrecht entzogen wird. Anstelle dessen werden kurzzeitig befristete Aufenthalte vergeben, ein auf einen Ort beschränkter Aufenthalt gewährt oder die Verpflichtung auferlegt, täglich bis zu zweimal Unterschriften abzugeben. Zudem wird betont, dass dies die ersten der bis zu zehn Jahre umfassenden Maßnahmen sein können. Diese Vorgehensweise begrenzt den Handlungskreis der Aktivisten auf einen engen Raum, um sie ihre Wirkung einzuschränken oder gar zu unterbinden.

Im Zentrum der Maßnahmen der europäischen Staaten, angeführt von Deutschland und Frankreich, gegen kurdische Politiker und Intellektuelle stehen Repressionen, Einschränkungen, auch örtlich, Verhaftungen und ähnliche Restriktionen. Die der Unterdrückung und Verbrechen der türkischen Regierung entkommenen kurdischen Politiker und Intellektuellen, die in Europa als politische Flüchtlinge leben, werden einer zweiten Unterdrückungsmaschinerie ausgesetzt. In dieser Hinsicht stehen sie dem Einfallsreichtum der Türkei in nichts nach. Beispielsweise wurde Muzaffer Ayata verboten, Schriften zu veröffentlichen und an demokratischen Veranstaltungen teilzunehmen. Zudem können wir die Auflagen in Frankreich nennen, überwiegend von Kurden besuchten Einrichtungen zu meiden, insgesamt in der Absicht einer Isolation von der kurdischen Gemeinschaft.

Dänemark konstruiert über juristische Wege den schnellsten Teil des Angriffskonzepts. Das dort eingeleitete Verfahren zur Schließung des Fernsehsenders Roj TV und ein Strafverfahren gegen 11 Kurden gibt hier ernste Hinweis. Aus in die Öffentlichkeit gelangten Dokumenten traten die Hintergründe und die Herkunft der Auftraggeber zu Tage. Dennoch fiel es schwer, diese Verfahren in das dänische Rechtswesen einzufügen bzw. hineinzuzwingen. Vor allem musste die erste Anhörung vor dem Amtsgericht zum Eröffnen eines Verfahrens einen Beweis über eine Bezug zur PKK erbringen, der auf der Aussage eines Nachrichtendienstmitarbeiters und selbstredend der Terror-Liste aufbaute. Einen wichtigen Aspekt bildete in den vorbereitenden Befragungen der Staatsanwaltschaft und Polizei deren Kooperation mit den türkischen Sicherheitskräften, in der sie als verlängerter Arm auftraten und deren Argumentationslinien übernahmen. Dazu gehört, dass der türkische Staat in der Staatsanwaltschaft ausführende Funktionen übernahm. Insgesamt war diese Phase weder politisch noch juristisch oder praktisch ein Alleingang Dänemarks.

Im Falle von Roj TV wurde durch die dänische Staatsanwaltschaft, gesammelte Gelder und das gewählte Gremium der Volksräte zum Vorwand nehmend, noch vor Verfahrenseinleitung eine Durchsuchung durchgeführt. Obwohl dort bisher keinerlei ernste Schwierigkeiten bestanden, wurden auf besonders schwere und zerstörerische Weise Wohnungen und Institutionen durchsucht und Festnahmen durchgeführt. Außer den Festgenommenen wurden Händler und Geschäftsleute als Zeugen dechiffrierend befragt. Einige der Angehörigen verloren ihre Arbeitsstellen, Aufträge wurden zurückgenommen und sie erlitten ernste finanzielle Verluste. Nicht nur die 11 Personen, sondern die gesamte kurdische Gemeinschaft wurde zum Ziel dieser

Razzien. Es wurde versucht, die kurdische Gemeinde in politischer und sozialer Hinsicht zurückzuwerfen.

Die Festnahmen und Befragungen in Frankreich standen denen in Deutschland kaum nach und umfassten im Laufe der letzten Jahre eine Zahl von an die 300 Betroffenen, die außerdem einer Politik der Marginalisierung von Politik und Gesellschaft ausgesetzt waren.

In Belgien kam es zur Sputnik-Operation und später zu Razzien gegen Roj TV und den Kurdischen Nationalkongress (KNK). Diese haben als Maßnahme, finanzielle Belege für weitere Verfahren in den anderen Staaten zu generieren, weitreichende Spuren hinterlassen. Hier wurden im Rahmen einer polizeilichen Razzia am 4. März 2010 kurdische Politiker festgenommen und inhaftiert. Die Verfahren dauern noch immer an.

Die Repressionen gegen kurdische Politiker werden eigentlich von Interpol angeführt. Mit den Anträgen an diese internationale polizeiliche Institution auf Haftbefehl per roter Notiz und den sich daraus ergebenden Maßnahmen wird diese internationale Institution quasi zum verlängerten Arm türkischer Sicherheitskräfte. Mit roten Notizen werden Suchbefehle dauerhaft gehalten und zudem in jedem Land anders ausgelegt. Außerdem fehlen wirkungsvolle und festgelegte Widerspruchsmechanismen, so dass sie zu einer Falle werden. Es zeigt sich, dass die derartige Stärkung dieser Institution und ihre quasi Eingliederung in die türkischen Verwaltungsstrukturen in Zusammenhang mit den US-Führungskräften steht, die nach dem 11. September die Leitung übernommen haben. Interpol bedroht in seiner Art und Weise gegen kurdische Politiker auch sämtliche oppositionellen und revolutionären Kräfte.

Das Feindstrafrecht und die Rolle der Türkei

Wenn man die Handhabung der türkischen Regierung in Bezug auf die KCK-Prozesse betrachtet, wird schnell klar, dass es sich eher um ein politisches und nicht ein juristisches Verfahren handelt. Der Regierungssprecher der Türkei Hüseyin Celik, hatte vor kurzem in einem Zeitungsinterview zum Ausdruck gebracht, dass die KCK-Gefangenen Geiseln sind, welche vor einer Waffenniederlegung durch die PKK nicht freikommen, Zitat: „Eine Freilassung der PKK sowie KCK-Gefangenen ist zurzeit ausgeschlossen. Sollte die PKK ihre Waffen niederlegen, sind wir bereit darüber zu reden.“ [1] Die juristische Prozedur ist nur eine Fassade, in den meisten Fällen verzichtet man sogar darauf. Folgendes ergibt sich aus dieser Situation: Der kurdischen Gesellschaft, seinen politischen, intellektuellen, sowie führenden Vertretern gegenüber wird das Feindstrafrecht angewendet. Für den als normalen Bürger und dem als Feind angesehenen werden zwei unterschiedliche Gesetze angewendet. Um genauer zu sein, der, den man als Feind ansieht, wird nach unfairen Verfahrensmethoden verurteilt.

Die Verbote, Repressionen und Drohungen der Bundesrepublik Deutschland werden mit der Aufnahme in die Terrorliste von nahezu allen europäischen Ländern ebenfalls umgesetzt. Deutschland bzw. Europa handeln, indem Sie ihre eigenen Gesetze, ihre rechtlichen Argumente sowie ihren Rechtsapparat vernachlässigen bzw. ignorieren. Einige Länder wie Dänemark haben Änderungen im Strafrecht vorgenommen, um die Repressionen zu legalisieren. Für die Kurden werden neue Rechtsinstrumente erstellt bzw. bestehende Gesetze werden verschärft. Durch die Implementierung dieser neuen Gesetze wird deutlich, dass Europa zunehmend das Feindstrafrecht gegenüber den Kurden anwendet.

Die Unterstützung seitens der türkischen Justiz muss in diesem Zusammenhang als wesentlicher Bestandteil dieses speziellen Strafrechts gesehen werden. Ohne die Unterstützung der türkischen Justiz, der türkischen Geheimdienste sowie der türkischen Sicherheitskräfte wäre es fast unmöglich gewesen, die in Dänemark eingeleiteten beiden Verbotsverfahren als auch die in der BRD laufenden Verfahren zu eröffnen. Es ist interessant zu sehen, wie die europäischen Staaten den „Kollaborationsmechanismus“², würdeloser Bestandteil der türkischen Justiz, in ihr Rechtssystem übertragen. Dass im Verfahren um ROJ TV das Dorfschützersystem³ als ein legales Mittel der Zeugenregelung angewandt wird und der Versuch die Kurden durch ihre Mörder nochmals zu schlagen, sind wichtig, um die neue Situation des europäischen Rechtssystems offen zu legen.

ROJ TV: Ein einzigartiges Beispiel für den Angriff auf die Pressefreiheit

Die AKP Regierung hat parallel zur Unterstützung der Kandidatur von Rasmussen für das Amt des NATO-Generalsekretärs gemeinsam mit seinen internationalen Verbündeten lange Druck auf Dänemark im Hinblick auf die Schließung von ROJ TV ausgeübt. Auf Befehl der Bundesstaatsanwaltschaft stürmten belgische Polizisten am 4. März 2010 um 05:45 Uhr die Studios von ROJ TV in Denderleeuw. Den MitarbeiterInnen wurden Handfesseln angelegt, sie waren Polizeiterror ausgesetzt und dutzende wurden verletzt. Das technische Equipment wurde beschlagnahmt, zerstört und dem Fernsehsender wurde eine Strafe in Höhe von 1.200.000 Euro auferlegt.

Am 31.08.2010 wurde gegen ROJTV ein Schließungs- bzw. Enteignungsverfahren eingeleitet. Das Gericht verurteilte unter dem Vorwurf der Propaganda ROJ TV zu einer Geldstrafe in Höhe insgesamt 5,2 Millionen DKR (knapp 700.000 Euro).

Der Verwaltungsrat von ROJ TV hat am 16.01.2012 gegen dieses Verfahren Berufung vor dem Landgericht Landrettel eingelegt. Die Anhörung dieses Verfahren begann mit einem Skandal am 15.08.2011. Während dieses Verfahrens hat die türkische Regierung den politischen und diplomatischen Druck weiter fortgeführt. Das Kopenhagener Gericht hat am 10.01.2012 das Urteil zum Verfahren gesprochen. Das von der Staatsanwaltschaft geforderte Sendeverbot sowie der Entzug der Sendelizenz wurden vom Gericht abgelehnt.

Bei ausbleibendem Erfolg vor Gericht, kam nun das französische Sattelitenunternehmen EUTELSAT ins Spiel und stoppte rechtswidrig die Ausstrahlung von ROJ TV. EUTELSAT übertrifft durch diese Aktion die dänische Justiz und verletzt die Meinungsfreiheit. Auch die Satellitenübertragung via NILSAT (Betreiber von Kommunikationssatelliten im Nahen Osten) wurde durch die Firma EUTELSAT am 19.01.2012 verweigert. Nicht genug, die Firma EUTELSAT stoppte am Abend des 22.01.2012 auch die Ausstrahlung, die über EUROBIRD lief.

IArtikel Hüseyin Celik (Regierungssprecher) in der türkischen Zeitung "Radikal"
http://www.radikal.com.tr/politika/huseyin_celik_pkk_silah_birakirsa_serbest_birakmayi_konusuruz-1155213

2 'İtirafçı'; (Informant, Überläufer) ist ein ehemaliges PKK-Mitglied, der Strafminderung erhält oder frei gelassen wird, je nach Umfang der Informationen über die Partei und Einzelpersonen. Anfangs als inoffizielles danach als offizielles Mitglied von Militär und Polizei, anschließend als bezahltes Mitglied einer Spezialeinheit für die Ausübung von Morden. Jemand, der die Morde an Musa Anter, ein bekannter kurdischer Schriftsteller, Mehmet Sincar, ein kurdischer Abgeordneter sowie tausende Kurdische Intellektuelle verübt hat. Jemand, der seinen Dienst als Folterer ausübt. Wird als Werkzeug bei Verfahren gegen

Oppositionelle und Organisationen benutzt. Ein Apparat, der vollständig unter der Kontrolle der Armee und der Polizei ist und Verbrechen gegen Menschlichkeit und Kriege ausübt.

3'Koruculuk', (Dorfschützer) eine im Jahr 1984 legal gegründete vorläufige paramilitärische Organisation. Offiziell sind sie verpflichtet nur ihre Dörfer zu schützen. Jedoch sieht die Realität so aus, dass sie durch Mitwirken an militärischen Angriffen und Auftragsmorden ca. 70.000 Menschen auf dem Gewissen haben. Vielen wird der Posten aufgezwungen, andere sehen es als Machtausübung und Privileg an.

DIE TERRORBEZEICHNUNG IST AUF LÜGEN AUFGEBAUT

Mit der Zeit zeigte sich, dass zahlreiche von der Türkei aufgeführten Ereignisse, die den Hintergrund der europäischen Terrorliste bilden, von Seiten der Türkei ausgeübt wurden. Abgesehen von dem Staatsterror gegen das kurdische Volk ist es ein wichtiges Faktum, dass dieser Terror der PKK zugeschrieben wurde und so ein noch stärkerer Repressionsmechanismus geschaffen wurde.

In intermittierend auftretenden Phasen der "Normalisierung" zeigen sich solche Geständnisse für Ereignisse aus der Vergangenheit. Dass zahlreiche der PKK zugeschriebenen Ereignisse von Staatskräften ausgeübt wurden, kommt so zum Vorschein. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Dokumente und Zeugenaussagen hierzu an die Öffentlichkeit gelangt.

Als Beispiel können wir einen einzigen Tag aufführen. Wenn wir die Zeitungen und Internetseiten vom 27. November 2013 durchforsten können wir zu diesem Thema einige Dokumente finden:

1. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 12. November 2013 die Türkei im Hinblick auf die Bombardierung der Dörfer Kuskonar und Kocagacli, bei der 38 Menschen starben und Dutzende verletzt wurden, verurteilt. 4 Dies wurde 20 Jahre geleugnet. 5 Die damalige Ministerpräsidentin Ciller erklärte "dass die Militärflugzeuge, die die Dörfer bombardiert hätten, nicht dem Staat gehören". Der Gouverneur von Sirnak schob die Angriffe der PKK zu und übergab an das Staatssicherheitsgericht. Das Gericht schloss das Verfahren, da es diesbezüglich keine Beweise fand. Diese blieb so, bis das Thema 2004 nach einem langen juristischen Kampf erneut auf die Tagesordnung kam.

2. Ein Zeuge erklärte Hinsichtlich der Ermordung von zwei PKK Mitgliedern und eines Gymnasialschülers im Stadtteil Caldiran in Van am 7. Oktober 2009, dass diese nicht im Gefecht getötet wurden, sondern lebend gefangen genommen und getötet wurden.

3. Ayhan Carkin, ehemaliger Polizist einer Spezialeinheit, erklärt zum Tod des Standesbeamten Abdulmecit Baskin in Altindag, ihn entsprechend dem Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates festgenommen und getötet zu haben. Ayhan Efeoglu, der im Rahmen der gleichen Befragung durch Folter getötet wurde, habe er mit eigenen Händen begraben.

4. T.A., der seinen Wehrdienst als Bergkommando im Südosten absolviert hat, erzählt, dass sie als Racheaktion das Dorf verbrannt haben. "Selbst eine Ameise hätten wir getötet. Als wir ins Dorf eindrangen, waren wir 100-150 Soldaten. Wir verbrannten zwei Häuser. Dann griffen wir die Häuser mit schweren Waffen an und zerstörten das Dorf komplett. Ich bin in ein leeres Haus eingedrungen und habe den Kühlschrank umgeschmissen. Ich war sehr wütend. Um zu erkunden, welche Dörfer wie agieren, sind wir in Gruppen von 10 Personen, verkleidet als

PKKler in die Dörfer gegangen und haben anschließend Bericht über das Verhalten der Dorfbewohner erstattet.

Es ist möglich, an einem beliebigen Tag Nachrichten zum Staatsterror gegen die kurdische Bevölkerung zu finden. Ebenso lassen sich Nachrichten zu Aktionen finden, die zu Unrecht der PKK zugeordnet wurden. Durch detaillierte Recherchen können sicherlich tiefgreifendere Erkenntnisse hierzu gewonnen werden. Es ist offensichtlich, dass hinter den der PKK zugeschriebenen und als terroristisch bezeichneten Aktionen der Staat steht.

Warum muss die PKK aus der Terrorliste gestrichen werden?

1. Die Liste ist ein Hindernis für die friedliche Lösung der kurdischen Frage. Die Präsenz der PKK auf der Terrorliste verhindert den Erfolg des Dialogs zwischen Herrn Öcalan / KCK und der Türkischen Republik. Wie der Philosoph Tomis Kapitan zu sagen pflegt: "Der Terrorbegriff degradiert die bezichtigten Personen oder Gruppen als Menschen und stellt sie als Menschen dar, mit denen eine Kommunikation unmöglich ist.". Daher schwächt es die Erfolgsaussichten für Gespräche und Verhandlungen. Möchte man dem Frieden eine Chance bieten, so kann man mit der Streichung der PKK aus der Terrorliste beginnen.

2. Die Liste hebt das Recht der Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit nahezu gänzlich auf. Diese Rechte werden von den Kurden unter Repressionen und der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung wahrgenommen. Diese grundlegenden Rechte werden für die Kurden ad acta gelegt.

3. Die Liste ist das Haupthindernis für die Einheit der Kurden als eine der größten Migrantengruppen in Europa. Aufgrund der Repressalien und drohender Strafen trauen sich die Kurden nicht, von ihren Kollektivrechten Gebrauch zu machen und stellen das größte Hindernis für Integration dar.

4. Aus der Liste resultiert eine Ausgrenzung der kurdischen Gesellschaft und die Annäherung an andere gesellschaftliche Gruppen wird verhindert.

5. Gegen die durch die Verbots- und Listenpolitik kriminalisierte kurdische Gesellschaft entwickeln sich durch die Bürger der jeweiligen Länder eine Distanz und ein Protest. Zudem nährt es den Boden für nationalistische Reflexe und Ausländerfeindlichkeit.

6. Mit Verboten und der Liste verletzen die europäischen Staaten ihr eigenes Recht, allen voran ihre Verfassung, und hebeln diese aus. Aus diesem Grund stellt sich ein Großteil der europäischen Juristen gegen diese Liste. Eine Unterschriftenaktion hierzu finden Sie im Anhang. (Anhang1)

7. Eine der wichtigsten Aspekte ist die Verletzung der Demokratie Europas. Die Betonung von Recht und Menschenrechten verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Dieses Image wurde durch die Schließung von kurdischen TV-Sendern und Zeitungen in Deutschland und Dänemark – Länder, die als Zentrum der Pressefreiheit gelten – zerstört. Die kurdischen Beispiele verdeutlichen die Grenzen und den Umfang der europäischen Demokratie. Die Vorgehensweise gegen Kurden spiegelt das Ausmaß der Demokratie in Europa wieder.

8. Die Kurden leben nicht nur in Europa. Sie schreiten als neuer glänzender Stern im Nahen Osten zunehmend voran, im Irak, Iran, Syrien und in der Türkei eine politische, organisatorische und ökonomische Kraft zu werden. Die sich an die Liste anlehende Herangehensweise Europas mit den Repressalien und der Isolation ist ein ernstes Hindernis für die Wirksamkeit der Kurden in ihren Lebensbereichen/-räumen. Die Syrien-Problematik ist dafür ein sehr gutes Beispiel. Es hat sich in kurzer Zeit gezeigt, dass ein Frieden im Nahen Osten ohne Kurden nicht möglich sein wird und die Kurden die demokratische Kraft dort sind.

Diese grundlegenden Aspekte zeigen zum einen die Konsequenzen dieser Liste und zum anderen, warum ihre Aufhebung zwingend notwendig ist.

UNSERE FORDERUNGEN

1. Die PKK und Kongra-Gel müssen aus der EU Terrorliste herausgenommen werden.
2. Das nun seit 20 Jahren bestehende Betätigungsverbot gegen die PKK muss mitsamt aller Konsequenzen aufgehoben werden.
3. Die kurdische Identität muss in Europa, insbesondere in Deutschland, als eigenständige und gleichwertige Identität anerkannt werden.
4. Die kurdischen politischen Gefangenen müssen freigelassen werden.
5. Die Ermittlungen und Verfahren gegen kurdische PolitikerInnen müssen eingestellt werden.
6. Die gesetzeswidrigen Bestrebungen der Geheimdienste, insbesondere kurdische Jugendliche als Spitzel zu akquirieren, müssen beendet werden.
7. Der Prozess des Dialogs für eine Lösung der kurdischen Frage muss unterstützt werden.
8. Die Pressefreiheit der kurdischen Bevölkerung muss garantiert und die Repressionen gegen Radio- und Fernsehsender sowie Zeitungen müssen gestoppt werden.
9. Die von Inter- und Europol ausgestellten Haftbefehle gegen kurdische Politiker und Intellektuelle müssen gelöscht werden.

<p style="text-align: center;">Aufruf zur Unterstützung Juristinnen und Juristen in ganz Europa sind aufgerufen nachfolgenden</p>

Erklärung europäischer Juristinnen und Juristen:

PKK von der Terrorliste der EU streichen - Betätigungsverbot aufheben – den Friedensprozess stärken - Rechtliche Neubewertung dringend notwendig

PKK-Verbot seit über 20 Jahren

Seit 2002 wird die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf Wunsch der türkischen Regierung in der vom Rat der Europäischen Union regelmäßig aktualisierten Terrorliste geführt. Als wesentliche Begründung wurden Gewalttaten der PKK in der Türkei und im Ausland genannt. Deutschland nimmt innerhalb der EU bei der Kriminalisierung der PKK eine Vorreiterrolle ein. Hier ist der PKK und den ihr nahe stehenden Organisationen seit über 20 Jahren ein Betätigungsverbot auferlegt. Die Führungsebene der PKK in Deutschland wird als terroristische Vereinigung im Ausland (§129b StGB) verfolgt. Jegliche Unterstützung der PKK im weitesten Sinn wird ebenfalls strafrechtlich geahndet.

Im Ergebnis dieser Politik wurden tausende Kurd*innen in der Türkei und in Mitgliedsstaaten der EU strafrechtlich verfolgt, der PKK nahe stehende Organisationen oder Parteien und kurdische Zeitungen verboten sowie Fernsehstationen geschlossen. Das Recht zahlloser Kurd*innen und politischer Unterstützer*innen auf ungehinderte freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit sind durch diese und andere repressive Maßnahmen verletzt worden. Selbst ausländerrechtliche Sanktionen bis hin zur Ausweisung werden eingesetzt.

Rechtliche Bedenken

Demokratische und progressive Jurist*innen auf der ganzen Welt haben in den letzten Jahren wiederholt gegen die Kriminalisierung zahlloser Kurd*innen protestiert und insbesondere eine Streichung der PKK von der Terrorliste der EU sowie eine Aufhebung des Betätigungsverbots gefordert.

Die PKK selber unternahm in der Vergangenheit zahlreiche – nur zum Teil erfolgreiche – Versuche, um gegen die ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Strafverfolgung in Deutschland und im europäischen Ausland juristisch vorzugehen. Aktuell hat am 2. Mai 2014 ein

niederländisches Anwalt*innenkollektiv im Auftrag des Exekutivkomitees der PKK eine Klage beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eingereicht. Ziel ist die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste.

Darüber hinaus ist die Terrorliste der EU generell auf rechtsstaatliche Bedenken gestoßen, u.a. schon 2008 beim ehemaligen Präsidenten des deutschen Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier und beim Sonderbeauftragten des Europarats, Dick Marty. Wer auf einer dieser Listen steht, den treffen Reiseverbote und Finanzrestriktionen. Für die betroffene Person hat eine Listung zunächst die Sperrung sämtlicher Konten zur Folge. Zugleich dürfen der gelisteten Person auch keine Gelder und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Die Listung erfolgt in einem intransparenten Verfahren ohne den in ihren Grundrechten bzw. Menschenrechten dadurch verletzten Personen und Organisationen angemessene Mittel der rechtlichen Verteidigung, insbesondere Akteneinsicht und Anhörung einzuräumen. Sie hat nicht zu einer nennenswerten Einschränkung des Terrorismus geführt und ist daher unverhältnismäßig und ungeeignet.

Die Rechtskraft der über zwanzig Jahre alten Verbotsverfügung auch soweit sie von den Gerichten bestätigt wurde, rechtfertigt keine zeitlich unbegrenzte politische Stigmatisierung einer politischen Organisation. Wenn wesentliche Umstände, welche seinerzeit die Entscheidung getragen haben, heute nicht mehr gegeben sind, muss sie aufgehoben werden. Die mit dem Organisationsverbot einhergehende schwerwiegende Grundrechtseinschränkung muss in regelmäßigen Abständen darauf hin überprüft werden, ob sie sachlich noch gerechtfertigt ist.

Neubewertung aufgrund der aktuellen Situation

Spitzenpolitiker*innen der deutschen Bundesregierung und der Opposition müssen inzwischen anerkennen, dass bisherige Erfolge im Kampf gegen den kaum aufzuhaltenden Terror des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) im Irak und in den selbstverwalteten Gebieten Westkurdistan/Nordsyrien (Rojava), maßgeblich dem beispiellosen und mutigen Kampf der PKK und der mit ihr verbündeten Kampfseinheiten zu verdanken sind. An den bisherigen Klischees bei der Bewertung der PKK scheinen immer weniger Politiker*innen festzuhalten. Aus Beispielen des Überganges vom Bürgerkrieg zum friedlichen Zusammenleben aus anderen Ländern wie Irland oder Südafrika sollte gelernt werden.

Für eine Neubewertung der PKK durch die deutsche Regierung und durch die Europäische Union sprechen im Hinblick auf die PKK insbesondere folgende Umstände:

- Das türkische Parlament hat im Juni 2014 offiziell die schon seit zwei Jahren stattfindenden Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK befürwortet.
- Die PKK hat seit längerem den bewaffneten Kampf für ihre politischen Ziele eingestellt und gegenüber der türkischen Regierung einseitig einen Waffenstillstand erklärt. .
- Die PKK fordert nicht mehr die Abtrennung der kurdischen Gebiete von der Türkei, sondern eine regionale demokratische Selbstverwaltung wie sie in Nordsyrien (Rojava) aufgebaut wurde.
- Die PKK organisiert gemeinsam mit anderen kurdischen Kampfseinheiten den bewaffneten Widerstand gegen die Terrormilizen des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS).

Forderungen an die Regierungen der EU Mitgliedsstaaten

Die Unterstützer*innen dieses Aufrufs fordern von der Bundesregierung und anderen Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die aktive Unterstützung eines ernsthaften Friedensprozesses in der Türkei und in diesem Zusammenhang insbesondere:

- Den Eintritt in einen Dialog mit der PKK mit dem Ziel der Legalisierung der PKK.
- Die Aufhebung des Betätigungsverbots für die PKK und die ihr nahe stehenden Organisationen.
- Die Beendigung aller ausländerrechtlichen Sanktionen gegen Mitglieder und Unterstützer*innen der PKK und den ihr nahe stehenden Organisationen.
- Die PKK muss die Möglichkeit erhalten, sich ohne Diskriminierung an der politischen Diskussion und Meinungsbildung zu beteiligen.
- Der PKK muss die Nutzung und eigene Betreibung von Medien (Zeitungen, Fernsehstationen, etc.) in gleichem Maße offen stehen, wie anderen politischen Organisationen.
- Eine Amnestie für alle, die lediglich wegen Mitgliedschaft in der PKK oder der ihr nahe stehenden Organisationen oder für deren Unterstützung verurteilt wurden.

Forderungen an die Europäische Union

Die Unterstützer*innen dieses Aufrufs fordern auch von der Europäischen Union die aktive Unterstützung eines Friedensprozesses in der Türkei und in diesem Zusammenhang insbesondere:

- Die allgemeine Abschaffung der Terrorliste der Europäischen Union.
- Zumindest aber die Streichung der PKK von der Terrorliste der Europäischen Union.

Forderungen an die türkische Regierung

Die Unterstützer*innen dieses Aufrufs fordern von der türkischen Regierung

- Die konstruktive Fortsetzung der Friedensgespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK mit dem Ziel der dauerhaften Friedenssicherung und der Legalisierung der PKK und der ihr nahe stehenden Organisationen
- Die Einstellung aller Strafverfahren wegen Mitgliedschaft in der PKK oder einer ihr nahe stehenden Organisation bzw. wegen Unterstützung dieser Organisationen
- Die Amnestie aller wegen Mitgliedschaft in der PKK oder einer ihr nahe stehenden Organisation Verurteilten, einschließlich des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan.
- Die Einstellung aller anderen vergleichbaren politischen Strafverfahren wegen der Ausübung der Meinungsäußerungsfreiheit, der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Vereinigungsfreiheit und der Ausübung der Rechte der Strafverteidiger*innen.

*Unterstützer*innen (nur Jurist*innen: alle juristischen Berufe, Student*innen, Jurist*innen i.R.) bitte ausfüllen und per eMail oder nur eMail mit den entsprechenden Angaben an delist-pkk@eldh.eu*

Nachname:

Vorname:

Beruf:

Wohnort:

Unterschrift:

Unterschriftensammlung organisiert von:

ELDH European Association of Lawyers for Democracy & World Human Rights

Platanenstr. 13, 40233 – Düsseldorf, delist-pkk@eldh.eu Phone+49.211. 444001, fax – 444027

MAF-DAD Verein für Demokratie und Internationales Recht e.V., info@mafdad.org

AZADÎ Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland e.V.

Hansaring 82, 50670 – Cologne, Germany